

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
14.04.2026
Ausschussbetreuender Fachbereich
Umwelt und Technik
Schriftführung
Michael Schirmer
Telefon-Nr.
02202-141356

Niederschrift

Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung
Sitzung am Dienstag, 24.02.2026

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:22 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 5 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 09.12.2025 - öffentlicher Teil**
0074/2026
- 6 **Nachverfolgung aller wesentlichen Maßnahmen analog zu § 5 Abs. 1 der Zuständigkeitsordnung**
0073/2026
- 7 **Nachverfolgung der Maßnahmen des Abwasserbeseitigungskonzeptes (durch externe Projektsteuerung)**
0079/2026
- 8 **Beschluss des Abwasserbeseitigungskonzept 2027 bis 2032**
0072/2026
- 9 **Personalsituation im Fachbereich 3**
0006/2026
- 10 **Personalsituation im Fachbereich 7**
0008/2026
- 11 **Personalsituation im Fachbereich 8**
0022/2026
- 12 **Darstellung der Personalsituation in Fachbereich 10 - Feuerwehr und Rettungsdienst**
0033/2026
- 13 **Haushaltsplanberatungen für die Produktgruppen 02.310, 02.320, 02.330, 02.340, 15.390 für das Haushaltsjahr 2026**
0050/2026
- 14 **Haushaltsplanberatung für die Produktgruppe 14.736 Umweltschutz für das Haushaltsjahr 2026**
0034/2026
- 15 **Haushaltsplanberatungen für die Produktgruppen 13.870 - Öffentliches Grün, Landschaftsbau und 13.875 - Friedhofs- und Bestattungswesen für das Haushaltsjahr 2026**
0037/2026
- 16 **Haushaltsplanberatungen der Produktgruppe 13.806 – Land- und Forstwirtschaft - für das Haushaltsjahr 2026**
0054/2026
- 17 **Haushaltsplanberatung für die Produktgruppen 02.370/Brandschutz und 02.375/Rettungsdienst für das Haushaltsjahr 2026**
0036/2026
- 18 **Luftreinhalteplanung nach EU-Luftqualitätsrichtlinie (EU) 2024/2881 für Bergisch Gladbach – Sachstandsmitteilung 7-36 Immissionsschutz**
0053/2026
- 19 **Nord-Entree Friedhof Refrath - Maßnahmenbeschluss für Bauabschnitt 1**
0038/2026

- 20** **Spielplatz Theodor-Fliedner-Straße - Maßnahmenbeschluss zur Generalsanierung**
0039/2026
- 21** **Anschaffung einer neuen Software für die Ordnungsbehörde**
0044/2026
- 22** **Update der Abrechnungssoftware der Abwassergebühren sowie Umstellung des Lizenzmodells auf Softwaremiete**
0057/2026
- 23** **Sanierung Schwachlastbelebung im Klärwerk Beningsfeld 01.01.430**
0059/2026
- 24** **Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und der Gemeinde Odenthal über die Übernahme von Werkstatteleistungen für die Feuerwehr der Gemeinde Odenthal durch die Stadt Bergisch Gladbach**
0041/2026
- 25** **Anträge der Fraktionen**
- 25.1** **Antrag der CDU-Fraktion vom 10.12.2025 zur Aufstellung von Abfallbehältern im Stadtteil Moitzfeld**
0066/2026
- 26** **Anfragen der Ausschussmitglieder**
- 26.1** **Anfrage der CDU-Fraktion vom 23.06.2025 zu Containerstandorten**
0067/2026
- 26.2** **Anfrage der CDU-Fraktion vom 09.12.2025 - Prüfung der Beschaffung mobiler Sperrsysteme für Veranstaltungen**
0052/2026
- N** **Nicht öffentlicher Teil**
- 1** **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil**
- 2** **Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 3** **Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 4** **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 09.12.2025 - nichtöffentlicher Teil**
0075/2026
- 5** **Unterrichtung des Ausschusses über die Vergabe von Aufträgen über 10.000 € netto für das 2. Halbjahr 2025**
0064/2026
- 6** **Anträge der Fraktionen**

7 Anfragen der Ausschussmitglieder

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung (AIUSO), Herr Hermann-Josef Wagner, eröffnet die 2. Sitzung dieses Ausschusses in der elften Wahlperiode und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Vertretungen können dem dieser Niederschrift beigelegten Teilnehmerverzeichnis entnommen werden.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Ohne Einwände wird die Niederschrift zur Kenntnis genommen und gilt daher als genehmigt.

3. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Herr Hermann-Josef Wagner möchte daran erinnern, dass heute vor vier Jahren der Angriff Russlands auf die Ukraine begonnen habe, etwas, was in der heutigen Zeit vollkommen unnötig sei. Er lobt das vielfältige Engagement für die angegriffene Ukraine aus Bergisch Gladbach, insbesondere der Feuerwehr, aber auch von privater Seite. Er gedenkt der unnötigen Toten auf beiden Seiten.

Er weist auch darauf hin, dass Herr Bollen aus konkretem Anlass Informationsflyer verteilt habe, der die Asiatische Hornisse zum Gegenstand habe. Als Beigabe habe er auch Tütchen mit Wildblumensaat beigelegt.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Migenda hätte eine Reihe von Mitteilungen vorzutragen, die auf Grund des Umfangs zusammengefasst und vor der Sitzung jedem Ausschussmitglied an die Hand gegeben wurden.

Er schickt darüber hinaus zum Thema Schlaglöcher vorweg, dass zurzeit 3 Kolonnen des städtischen Bauhofes mit ihrer Beseitigung befasst seien und mittlerweile ca. 3.500 Schlaglöcher geflickt werden konnten. Da aber immer mehr entsprechende Mitteilungen insbesondere aus der Bürgerschaft eingehen, soll eine vierte Kolonne von außerhalb eingerichtet werden und, wenn dieses wirtschaftlich vertretbar sei, auch noch eine fünfte Kolonne eingekauft werden. Die Problematik beschränke sich nicht nur auf Bergisch Gladbach, sondern stelle ein flächendeckendes Problem dar. Verschärfend sei nicht der Winter an sich, sondern die häufigen Temperaturwechsel.

Ein weiteres Ärgernis stelle angesichts der prognostizierten wärmeren Temperaturen das Abstellen und Anschließen von Fahrrädern an die als Schutz der jetzt treibenden Bäume gedachten Baumeisen. Abhilfe (Abflexen der Baumeisen und Installation von Fahrradständern an anderen Stellen)

konnte bislang wegen der Wetterverhältnisse im Winter noch nicht geschafft werden; erst noch stehe die Beseitigung der Schlaglöcher an vorderster Stelle.

Herr Martin Wagner weist auf eine neu abgefasste Vereinbarung mit der Gemeinde Odenthal zur Übergabe und Übernahme von Abwasser, um bislang entstandene Mindereinnahmen zu vermeiden.

Frau Meuthen teilt mit, dass zur maroden Trauerhalle auf dem Friedhof Herkenrath inzwischen ein Gutachten vorgelegt wurde, dass noch gesichtet werden müsse. Zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung werde dann eine substantiierte Vorlage mit anfallenden Kosten eingebracht werden.

Zum Thema abgebauter Schaukel auf dem Spielplatz Mondschrötchen werde mitgeteilt, dass die erforderlichen Ersatzteile zwar bestellt wurden, aber auf Grund der Lieferzeiten noch nicht eingebaut werden konnten. Dies solle nunmehr bis spätestens Ende März erfolgen.

Zur im Jugendhilfeausschuss gestellten Frage nach einem (nicht genauer definierten) Spielplatzpflegeplan sagt sie zu, dass, sofern dies heute vom Ausschuss gewünscht werde, die entsprechenden Informationen, die darunter subsumiert werden könnten, zur Verfügung zu stellen.

Ihr Fachbereich sei zurzeit damit befasst, den Begräbniswald an der Reuterstraße zu erweitern, weil es dort eine sehr rege Nachfrage an Bestattungsstellen gebe.

Letztes Thema wäre der Wanderweg entlang der Strunde, der in einer Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN angesprochen war und bis dato noch nicht beantwortet werden konnte. Bei diesem Weg handele es sich um ein Dammbauwerk, dessen Sanierung komplex wäre. Die Strunde unterspüle immer mal wieder diesen Weg. Für die nächste oder übernächste Sitzung wird eine Vorlage zugesagt, die zur Auswahl zum einen eine bauliche Lösung, zum anderen aber auch eine organisatorische Lösung enthalten werde. Da die bauliche Maßnahme relativ viel Geld kosten würde, möchte man dazu die Politik mit ins Boot nehmen.

Herr Dr. Bacmeister meint zur Erweiterung des Begräbniswaldes, dass diese nicht zu Lasten des Skateboard-Vereins „Dirt-Stylers“ gehen dürfe, die das Gelände ebenfalls mitbenutzen.

Frau Meuthen deutet an, dass dies bei der jetzt vorgesehenen Erweiterung zu keinem Problem führen werde.

Herr Dr. Bacmeister fragt zum Strundewanderweg, ob dann der tatsächliche Verlauf des Weges mit den Eigentumsverhältnissen in Übereinstimmung gebracht werden könne.

Frau Meuthen gibt Herrn Dr. Bacmeister Recht. Für die Flächen, die nicht im Eigentum der Stadt liegen, wurden bislang Gestattungsverträge mit verschiedenen Eigentümern abgeschlossen. Bei Eingriffen ist mitunter eine Kontaktaufnahme zur Zustimmung nur schwer zu erreichen. Sie sei daher sehr daran interessiert, dies zu ändern. Für eine bauliche Sanierung dieses recht langen Weges dürften Kosten in einer höheren sechsstelligen Höhe zu erwarten sein.

Herr Kindervater habe verstanden, dass eine Art Spielplatzcontrolling entwickelt werden soll und fragt nach der bisherigen Handhabung.

Frau Meuthen erläutert, dass die Pflege tatsächlich ein Teil der Spielplatzentwicklungsplanung sein werde. Es mache daher zurzeit keinen Sinn, ein fertiges Konzept zur Pflege vorzulegen, bevor die Entwicklungsplanung vorliege. Die Pflege unterliege generell den gesetzlichen Anforderungen.

Herr Lucke bitte um Aufnahme auch von Aussagen zum Erscheinungsbild und dem allgemeinen Pflegezustand der Spielplätze in die Entwicklungsplanung.

Herr Hermann-Josef Wagner meint, dass derartige Aussagen auch im Grünflächenkataster abgebildet werden sollten.

Frau Meuthen teilt mit, dass eine sehr große Menge an Grundstücken im Grünflächenkataster zu betrachten seien, auch über den Fachbereich hinaus. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf die Vorlage zur Personalsituation des Fachbereiches Immobilien, Liegenschaften und Stadtgrün hin, in der u. a. auch eine Stelle für Spielplatzkontrollen enthalten sei.

5. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 09.12.2025 - öffentlicher Teil**
0074/2026

Ohne Wortmeldung wird der Bericht zur Kenntnis genommen.

6. **Nachverfolgung aller wesentlichen Maßnahmen analog zu § 5 Abs. 1 der Zuständigkeitsordnung**
0073/2026

Auch dieser Bericht wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

7. **Nachverfolgung der Maßnahmen des Abwasserbeseitigungskonzeptes (durch externe Projektsteuerung)**
0079/2026

Herr Eschbach möchte zum Rückhaltebecken Reiser/Mondsrottchen wissen, ob es dort hinsichtlich der Kita und des Spielplatzes eine Konkurrenz gebe.

Nach Frau Mäding gebe es diese nicht. Der Abwassersammler liege bereits im Untergrund, damit die Kita angeschlossen werden konnte. Das eigentliche Becken liegt augenblicklich zur Genehmigung bei der Bezirksregierung.

8. **Beschluss des Abwasserbeseitigungskonzept 2027 bis 2032**
0072/2026

Frau Mäding weist eingangs auf einen Übertragungsfehler in der Vorlage hin. Statt der dort ausgewiesenen 390 Mio. € Investitionssumme beläuft sich diese auf 427 Mio. €. In der Anlage und in den Ausführungen werde aber die richtige Summe genannt.

Herr Kindervater habe Probleme, zu unterscheiden, was gesetzlich notwendig und was über das Notwendige hinausgehend freiwillig sein könnte. Er fragt, ob dies so zutrifft. Er formuliert im Namen seiner Fraktion folgenden Ergänzungsantrag: **Bei der konkreten Ausgestaltung und Umsetzung einzelner Maßnahmen ist dem Ausschuss jeweils stets auch die wirtschaftlichste, rechtssichere Variante darzustellen, die unter Berücksichtigung von Investitions-, Betriebs- und Folgekosten insgesamt zur geringstmöglichen Gebührenbelastung führt.** Intention des Antrages sei es insbesondere, mögliche Einsparpotenziale zu lokalisieren.

Herr Migenda bedankt sich für den Antrag und meint, dass die Stadt ausschließlich den gesetzlichen Anforderungen genügt. Ziel sei es letztendlich, die Gebühren möglichst stabil zu halten.

Herr Martin Wagner ergänzt, dass jeder einzelnen Maßnahme eine Machbarkeitsstudie vorgeschaltet werde, bei der u. a. auch Folgekosten beleuchtet werden. Außerdem seien Themen, wie beispielsweise Starkregen, Schwammstadt und dergleichen, in den gesetzlichen Regelungen in den letzten Jahren hinzugekommen.

Exkurs: Herr Hermann-Josef Wagner weist auf die im Ratssaal herrschenden geringen Temperaturen hin und fragt, warum dieser seit längerem bekannte Missstand noch nicht beseitigt wurde.

Frau Meuthen möchte darauf hinweisen, dass das Thema Gasheizung seinerzeit im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften gestoppt wurde und durch die Verwaltung seitdem andere Lösungen ins Auge gefasst werden mussten. Grund sei auch die uralte Bausubstanz, die in einem überschaubaren Zeitraum generalsaniert werden muss.

Herr Dr. Bacmeister vermutet hinter dem Ergänzungsantrag eine gewisse Distanz zur Schwammstadt. Wenn es gelingen sollte, Wasser in nennenswertem Umfang versickern zu lassen, könnte die Kanalisation sukzessive geringer dimensioniert werden, was zu Kosteneinsparungen führen würde. Beim Thema Starkregen könne die Stadt zwar nicht alle denkbaren Regenerereignisse vorhersehen, der Bürger aber erwarte, dass seine Keller nicht volllaufen. Er bittet abschließend die CDU-Fraktion, ihren Ergänzungsantrag nochmals zu überdenken.

Herr Bollen habe in Frankenforst eine Baustelle mit Tiefgarage gesehen, bei der insgesamt 12 Lenzpumpen für das Abpumpen von Grundwasser eingesetzt waren. Er fragt angesichts des Absterbens von umliegender Vegetation, ob die Stadt eine Regelung habe, um derartiges Abpumpen und Einleitung in ggf. unterdimensionierte Kanäle einschränken zu können. Auch möchte er die Bedeutung der in der Vorlage mit verschiedenen Farben gekennzeichneten Daten wissen.

Herr Martin Wagner teilt mit, dass für die Beschränkung einer Grundwasserentnahme sei nicht die Stadt, sondern der Kreis zuständig. Bei größeren Bauvorhaben könne der Kreis ein Gutachten verlangen, dass durch die Maßnahme das Grundwasser nicht dauerhaft gestört werde. Zur Bedeutung der verschiedenen Farben wird auf eine Erläuterung verwiesen, der dieser Niederschrift beigefügt ist (Antwort lag bei der Drucklegung dieser Niederschrift noch nicht vor; diese wird in Kürze im Ratsinformationssystem bzw. als Druck nachgereicht).

Herr Kindervater meint, dass natürlich auch die CDU-Fraktion ökologische Lösungsvorschläge befürworte. Mit dem Antrag solle lediglich festgehalten werden, was Standard sei und was darüber hinaus gehe. In der Vorlage wurde beispielsweise aufgeführt, dass sämtliche Maximalvarianten aus den M7-Nachweisen in das Abwasserbeseitigungskonzept aufgenommen wurden. Dies klinge so, dass hier über eine Standardausführung gebaut werden solle. Im Mittelpunkt solle stehen, dass keine unnötigen Kosten entstehen.

Frau Mäding erläutert, dass mit der Formulierung Maximalvariante lediglich gemeint sei, in welcher Größenordnung Maßnahmen in Abstimmung mit der unteren Wasserbehörde ausgeführt werden können. Dies habe aber nichts mit einer eigentlichen Qualität zu tun.

Herr Martin Wagner ergänzt, dass die untere Wasserbehörde in der Regel verlange, derartige Maximalvarianten auszuführen. Gerade bei großen Kubaturen könne es aber sein, dass diese Maßnahmen ggf. nicht ausgeführt werden können. Darüber wäre aber ein Nachweis der Wasserbehörde vorzulegen.

Herr Migenda weist auf den Zusammenhang zwischen möglicher Einleitmenge in ein Gewässer und der maximal von den Aufsichtsbehörden erlaubten Menge hin, die mitunter erst nach langen Verhandlungen festgelegt werden mussten. Daher sei ggf. eine möglichst große Rückhaltung auszuführen, die einen größeren Einsatz von Finanzmitteln bedingt.

Herr Laschet bedankt sich eingangs für die umfangreichen Vorbereitungen für das Abwasserbeseitigungskonzept, die von der Genehmigungsfähigkeit durch die Aufsichtsbehörden

geprägt seien und offen und ehrlich kommuniziert werde. Es sei aber anzunehmen, dass die Umsetzung bei der Menge an Maßnahmen auch mit weiteren sechs Ingenieuren im genannten Zeitraum nicht zu bewerkstelligen sein werde. Außerdem solle die Unterstützung durch das externe Ingenieurbüro zum Ende des Jahres 2027 wegfallen. Die IPGL (Infrastruktur-Projektgesellschaft Bergisch Gladbach) stünde bereit, um hier hilfreich zu werden, habe aber hierzu noch keine Anfrage. Personalkosten für dann noch weitere Ingenieure könnten mehr als kompensiert werden, wenn dadurch Maßnahmen zu günstigeren Preisen eher ausgeführt würden. Eine weitere Option wäre es, den Vertrag mit dem jetzigen externen Ingenieurbüro zu verlängern.

Herr Migenda teilt mit, dass mit der IPGL schon Kontakt aufgenommen wurde und auch schon einige Aufträge erteilt wurden, um einen zeitlichen Vorteil durch Anwendung günstigerer rechtlicher Vorgaben feststellen zu können. Zur Personalgewinnung sei es auch wichtig, dass fähige Leute am Markt gewonnen werden können angesichts der in Konkurrenz stehenden privaten Wirtschaft, die besser bezahlen könne. Auch andere Kommunen haben die gleichen Probleme. Zur Vertragsverlängerung mit dem externen Büro sollte abgewartet werden, ob die Ausschreibungen für die sechs neu zu besetzenden Stellen insoweit erfolgreich abgeschlossen werden können. Aber auch die Genehmigungsverfahren seien ein Faktor für Verzögerungen. Man habe nun einen Ansprechpartner bei der Bezirksregierung (Bez.-Reg.) gewinnen können, der dabei unterstützend für die Stadt tätig werden könne, um Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Allgemein sei aber festzustellen, dass die städtische Umsetzungsgeschwindigkeit inzwischen Fahrt aufgenommen habe – die Stadt habe dadurch ein Stück weit das Heft des Handelns zurückgewinnen können. Dies habe auch diese Bez.-Reg. so zur Kenntnis genommen.

Herr Laschet fragt nach einem Szenario, wie sich die Umsetzung (210 Mio. € bis 2032) auf die Gebühren auswirken werden. Bereits jetzt verzeichnen die Gebühren schon Steigerungen in zweistelliger Prozenzhöhe pro Jahr.

Herr Martin Wagner habe mit dem Fachbereich Finanzen diesbezüglich Kontakt aufgenommen und um eine Schätzung über die Auswirkung gebeten.

Herr Lucke betont nochmals, dass es hier im Gremium als Kontrollinstanz darum gehe, Kosten nur in zwingendem Umfang entstehen zu lassen, um die Gebührenbelastung möglichst gering zu halten. Aus diesem Grund halte er den Ergänzungsantrag hier im Ausschuss für mehrheitsfähig.

Herr Schiek zeigt sich erfreut darüber, dass nun offensichtlich ein genehmigungsfähiges Konzept vorgelegt wurde. Da man sich am Anfang des Betrachtungszeitraumes befinde, stehe noch nicht fest, ob die genannte Gesamtinvestitionssumme insgesamt auskömmlich sein werde. Hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit gehe er davon aus, dass diese sowieso in der Verwaltung Beachtung findet – eine Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion sei insofern unschädlich.

Sodann wird dem folgenden und ergänzten Beschlussvorschlag

Der Ausschuss empfiehlt – vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung im Wirtschaftsplan des Abwasserwerks- die Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes 2027 und beauftragt die Verwaltung, die nach § 46 Landeswassergesetz NRW gegebene Abwasserbeseitigungspflicht auf der Grundlage des Abwasserbeseitigungskonzeptes – Fortschreibung 2027- zu vollziehen.

Bei der konkreten Ausgestaltung und Umsetzung einzelner Maßnahmen ist im Ausschuss jeweils stets auch die wirtschaftlichste, rechtssichere Variante darzustellen, die unter Berücksichtigung von Investitions-, Betriebs- und Folgekosten, insgesamt zu geringstmöglichen Gebührenbelastungen führt.

einstimmig gefolgt.

9. Personalsituation im Fachbereich 3

0006/2026

Herr Dr. Bacmeister meint, dass durch umfassenden Einsatz der Digitalisierung und der Verbesserung interner Abläufe die in der Vorlage bezeichnete deutliche Stellenzusetzung künftig vermieden werden könnte.

Frau Niemann erwidert, dass die Digitalisierung darauf abzielt, Erleichterungen für die Bürger und Bürgerinnen zu schaffen und nicht direkt für die Verwaltung – eine Zeitersparnis in der Verwaltung könne daher nicht festgestellt werden. Viele Tätigkeiten, insbesondere im Standesamtswesen, können darüber hinaus nicht digitalisiert werden.

Nach einer Klarstellung über die Fundstelle der Stellenzusetzung in der Vorlage bittet Herr Laschet, bei derartigen Personalvorlagen künftig eine tabellarische Übersicht über Personalveränderungen als Kurzüberblick beizufügen. Dann bräuchte man die Vorlage nur für weitere Informationsdetails weiterzulesen.

Herr Dr. Waniczek bittet darüber hinaus, die Tabelle dann in operative und Verwaltungsmitarbeiter aufzugliedern.

Ansonsten wird die Mitteilung zur Kenntnis genommen.

10. Personalsituation im Fachbereich 7
0008/2026

Ohne Wortbeiträge wird auch diese Mitteilung zur Kenntnis genommen.

11. Personalsituation im Fachbereich 8
0022/2026

Bei dieser Mitteilung erfolgten ebenfalls keine Wortmeldungen.

12. Darstellung der Personalsituation in Fachbereich 10 - Feuerwehr und Rettungsdienst
0033/2026

Auch bei dieser Vorlage wurde keine Wortmeldung gewünscht.

13. Haushaltsplanberatungen für die Produktgruppen 02.310, 02.320, 02.330, 02.340, 15.390 für das Haushaltsjahr 2026
0050/2026

Herr Dr. Bacmeister wiederholt seine über das Programm IKVS an die Verwaltung gerichteten Fragen nach den Einnahmen aus Kirmesgebühren und nach den verbliebenen Kernaufgaben im Rahmen der Verkehrslenkung. Außerdem möchte er wissen, worauf der deutliche Rückgang des Jahresergebnisses im Bereich Sicherheit und Ordnung zurückzuführen sei.

Frau Niemann erläutert, dass sich die Einnahmen aus den Kirmesgebühren in den Jahren 2024 und 2025 bei jeweils ca. 26.000 € belaufen. Für 2026 ist ein Ansatz von 30.000 € vorgesehen. Der Rückgang bei den Erträgen ergibt sich aus dem Rückgang der Verwaltungsgebühren, die wiederum auf eine Aufgabenverlagerung zum Fachbereich Mobilität und Verkehr zurückzuführen

ist. Die Aufgaben für den Bereich der temporären Verkehrslenkung sind bei der Ordnungsbehörde verblieben (Korrespondenz und Fertigung von Stellungnahmen zu Versammlungen. Bearbeitung und Prüfung von Angelegenheiten des Luftverkehrs. Ballone, Drohnen, ordnungsbehördliche Unbedenklichkeitsbescheinigungen für den Luftverkehr).

Herr Bollen möchte wissen, ob die soeben erteilten Antworten auch für alle anderen in IKVS sichtbar werden.

Frau Niemann bejaht dies.

Herr Laschet habe gedacht, dass beim Bürgerbüro durch die Einnahmen insgesamt eine Kostendeckung erzielt werde. Stattdessen werden im Haushalt schon länger hohe Deckungslücken ausgewiesen. Er fragt, ob es in diesem Bereich eine Pflicht zur Kostendeckung gebe.

Es wird vereinbart, die Beantwortung schriftlich dieser Niederschrift hinzuzufügen (Anlage 2)

Herr Kindervater deutet an, dass sich seine Fraktion nicht nur bei dieser Vorlage, sondern auch bei allen anderen Haushaltsvorlagen enthalten werde, um den internen Beratungen nicht vorzugreifen.

Die Abstimmung über den Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Infrastruktur, Umwelt, Sicherheit und Ordnung empfiehlt, die Teilhaushalte für die Produktgruppen 02.310 Ausländerangelegenheiten, 02.320 Öffentliche Ordnungsangelegenheiten, 02.330 Bürgerbüro, 02.340 Personenstandswesen, 15.390 Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen (Märkte) in der vorgestellten Entwurfsfassung zzgl. der erforderlichen Änderungen aus der Änderungsliste zu beschließen.

ergab, dass sich sämtliche Ausschussmitglieder enthalten.

Auf die Nachfrage von Herr Laschet, wie dann mit den anderen Haushaltsvorlagen umzugehen sei bis hin zu einer denkbaren Zurückstellung der Abstimmungen, antwortet Herr Wagner, dass er beim vorgenannten Abstimmungsverhalten eigentlich kein Problem sehe, er aber die nachfolgenden Tagesordnungspunkte dennoch aufrufen werde.

14. Haushaltsplanberatung für die Produktgruppe 14.736 Umweltschutz für das Haushaltsjahr 2026
0034/2026

Auch hier haben sich alle Ausschussmitglieder beim Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung empfiehlt, den Teilhaushalt für die Produktgruppe 14.736 Umweltschutz in der vorgestellten Entwurfsfassung zu beschließen.

einstimmig enthalten.

15. Haushaltsplanberatungen für die Produktgruppen 13.870 - Öffentliches Grün, Landschaftsbau und 13.875 - Friedhofs- und Bestattungswesen für das Haushaltsjahr 2026
0037/2026

Herr Dr. Bacmeister stellt im Rahmen der Baumschutzsatzung insgesamt 4 Fragen:

1. Wie viele Verfahren in den Jahren 2024 und 2025 konnten abgeschlossen werden und wie hoch waren die Einnahmen aus den Ordnungswidrigkeiten?
2. In welcher Höhe dieses Jahr Einnahmen geplant seien?
3. Wie viele Verstöße sind derzeit noch nicht beschieden?
4. Wie viele Verfahren sind gegebenenfalls verjährt?

Herr Nollen antwortet wie folgt:

1. Keine. Wie zuletzt im AIUSO am 01.07.2025 auf Nachfrage mitgeteilt, konnte die halbe Stelle nach langer Nicht-Besetzbarkeit im Februar 2025 besetzt werden. Die Grundlagen für eine zielgerichtete und möglichst erfolgreiche Ahndung von Verstößen konnten bis Mitte Juni weitestgehend abgeschlossen werden. Kurz nach der Ausschusssitzung des 01.07.2025 kam es jedoch zu einem längerfristigen Personalausfall und schließlich wurde die Stelle erneut vakant. Stellenbesetzungsverfahren blieben bis vor Kurzem erfolglos, was sich ebenso auf die Friedhofsverwaltung (2. Hälfte der Stelle) auswirkt. Das zuletzt durchgeführte Stellenbesetzungsverfahren war allerdings erfolgreich und das (Wieder-)Besetzungsdatum der Stelle ist der 01.07.2026.
2. 0,- €
3. Alle
4. Das lässt sich momentan nicht sagen, da die Stelle aktuell unbesetzt ist und die Beantwortung der Frage eine Einzelfallprüfung voraussetzen würde, mit der ab Juli 2026 begonnen werden kann.

Herr Laschet finde in der Investitionsliste zum Produkt 13.870 die Maßnahme Deutscher Platz nicht. Er bitte um Erläuterung.

Herr Nollen vermutet, dass die Maßnahme erstmalig schon in früheren Jahren veranschlagt war und somit als Haushaltsrest, nicht aber als Neuanmeldung zu betrachten sei. Finanzierungsprobleme liegen nicht vor.

Herr Bollen möchte wissen, ob es hinsichtlich noch nicht geahndeter Verstöße Fristen zur Verjährung gebe.

Nach Satzung sind das drei Jahre.

Herr Lucke bittet darum, die Antworten der soeben gestellten Fragen allen Fraktionen zukommen zu lassen (ist mittlerweile auch auf Zusage von Frau Meuthen hin geschehen).

Frau Meuthen sagt ebenfalls zu, dass solche drohenden Verjährungsfälle als erstes von der neu zugesetzten Person bearbeitet werden.

Beim Beschlussvorschlag

Der AIUSO empfiehlt dem Rat, die Teilhaushalte für die Produktgruppen 13.870 Öffentliches Grün, Landschaftsbau und 13.875 Friedhofs- und Bestattungswesen in der vorgestellten Entwurfsfassung zu beschließen.

wurden wiederum von allen Ausschussmitgliedern Enthaltungen ausgesprochen.

16. **Haushaltsplanberatungen der Produktgruppe 13.806 – Land- und Forstwirtschaft - für das Haushaltsjahr 2026**
0054/2026

Herr Bollen möchte wissen, ob Mittel für die konzeptionelle Arbeit bei der Maßnahme Lerbacher Weg eingestellt sind.

Frau Meuthen erklärt, dass alle Maßnahmen, die jetzt schon grob kostenmäßig beziffert werden können, in den Haushaltsanmeldungen enthalten seien.

Sodann werden zur Beschlussfassung

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung empfiehlt, den Teilhaushalt für die Produktgruppe 13.806 – Land- und Forstwirtschaft, in der vorgestellten Entwurfsfassung zu beschließen.

ebenfalls einstimmig Enthaltungen ausgesprochen.

17. **Haushaltsplanberatung für die Produktgruppen 02.370/Brandschutz und 02.375/Rettungsdienst für das Haushaltsjahr 2026**
0036/2026

Für den Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung empfiehlt, die Teilhaushalte für die Produktgruppen 02.370/Brandschutz und 02.375/Rettungsdienst in der vorgestellten Entwurfsfassung zu beschließen.

werden ohne Aussprache wiederum gänzlich Enthaltungen ausgesprochen.

18. **Luftreinhalteplanung nach EU-Luftqualitätsrichtlinie (EU) 2024/2881 für Bergisch Gladbach – Sachstandsmitteilung 7-36 Immissionsschutz**
0053/2026

Ohne Wortbeitrag wird die Mitteilung zur Kenntnis genommen.

19. **Nord-Entree Friedhof Refrath - Maßnahmenbeschluss für Bauabschnitt 1**
0038/2026

Herr Kindervater begrüßt zunächst das Vorhaben, habe aber Fragen dazu. In der Vorlage wurde erwähnt, dass der Untergrund für die Bestattung von Urnen mit Schadstoffen durchsetzt sind, so dass dort keine Erdbestattung stattfinden könne. Es soll dort aber auch eine Kinderspielecke angelegt werden. Wie sei dies wegen der Belastung des Untergrundes miteinander vereinbar?

Herr Nollen sagt eine schriftliche Beantwortung über die Art der Bodenbelastung zu, die dieser Niederschrift beigefügt ist (Anlage 3).

Herr Kindervater möchte weiterhin wissen, ob bedacht wurde, dass die Bienenstöcke auf der dafür vorgesehenen Fläche auch für ein gewisses Maß an Schmutz sorgen dürften und spielende Kinder

durch die Bienen in Gefahr gebracht werden könnten. Problematisch könnte auch die eigentlich lobenswerte Kombination von Friedhof und Kinderspielplatz in Sachen Lärm bei Bestattungen sein.

Nach Herrn Nollen sollten Konflikte zwischen spielenden Kindern und Bienen auszuschließen sein. Die Einrichtung von Bienenstöcken sei kein zwingender Umsetzungsbaustein, sondern es handle sich um eine Idee im Zuge der Biodiversität. Was hier in Refrath begonnen werden soll, sei letztlich auf einen Wandel der Friedhofskultur zurückzuführen. Neben der Stätte der Trauer werden Friedhöfe auch immer mehr als grüne Lunge mit verschiedenen Nutzungen wahrgenommen.

Herr Hermann-Josef Wagner ist da etwas anderer Meinung. Für ihn ist ein Friedhof ein Ort der Stille und ein Kinderspielplatz eher das Gegenteil.

Frau Meuthen weist nochmals darauf hin, dass die verschiedenen Nutzungen zunächst noch als Diskussionsgegenstände zu werten seien und hier im ersten Bauabschnitt noch nicht zum Beschluss anstehen. Zu gegebener Zeit werde man mit weitergehenden Informationen den Ausschuss befassen.

Herr Bollen meint, dass Bienen äußerst pflegeleicht seien und eben keinen Schmutz verursachen. Auch den Punkt einer eventuellen Gefahr des Stechens könne so nicht aufrechterhalten werden. Allgemein sei er von der Idee der Biodiversität sehr angetan.

Herr Dr. Waniczek habe da als Imker andere Erkenntnisse. Hinsichtlich einer potenziellen Aggressivität und auch zum Thema Emission komme es immer auf die Umstände an, seien aber nicht auszuschließen. Außerdem würden Bienenvölker intensiv die asiatische Hornisse anziehen, die sich inzwischen invasiv in Deutschland ausbreite.

Frau Leveling weist darauf hin, dass in Bergisch Gladbach, aber auch in anderen Städten häufig Grundschulen neben Friedhöfen liegen. Sie persönlich habe die große Pause bei Beerdigungen vom Lärm her nicht gestört. Sie finde den Ansatz, Kindern schon frühzeitig mit dem Thema Tod zu befassen, als eine schöne Idee.

Herr Schiek meint, dass es in Bergisch Gladbach zu wenig Urnengrabstellen gebe, so dass der Beschluss über den Bau entsprechender Einrichtungen heute gefasst werden müsse. Die kleine Spielecke ermögliche es den Eltern, auch zusammen mit Kindern den Verstorbenen zu gedenken.

Auf die nochmalige Nachfrage von Herrn Dr. Bacmeister nach dem weiteren Vorgehen teilt Frau Meuthen mit, dass es vorliegend um den ersten Bauabschnitt gehe, in dem die Spielecke und die Bienenstöcke noch keine Rolle spielen. Diese Vorhaben würden in einer gesonderten Vorlage dem Ausschuss zu gegebener Zeit zur Beschlussfassung vorgelegt.

Herr Hermann-Josef Wagner fragt, wann mit den Urnengrabstätten zu rechnen sei.

Frau Meuthen erwidert, dass vielleicht schon Ende dieses Jahres die ersten Plätze zur Verfügung stehen werden. Der Rest soll bis zur Mitte des nächsten Jahres bereitgestellt werden.

Der Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird mit der Fortführung der Planung sowie der baulichen Realisierung des ersten Bauabschnitts beauftragt.

Der zentrale ‚Platz der Zusammenkunft‘ soll gemäß Variante 1 mit Bäumen als natürliche Beschattung ausgeführt werden.

wird wie folgt beschlossen:

Zustimmung: CDU/FDP-Fraktion (4x), Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN (4x), SPD-Fraktion (4x) AfD-Fraktion (2x), Fraktion Volt/Freie Wählergemeinschaft (1x) und Gruppe Bürgerpartei GL (1x)

Enthaltung: CDU/FDP-Fraktion (5x)

**20. Spielplatz Theodor-Fliedner-Straße - Maßnahmenbeschluss zur
Generalsanierung
0039/2026**

Die Frage von Herrn Bollen, ob der Spielplatz auch inklusiv geplant sei, beantwortet Frau Meuthen mit ja.

Herr Dr. Bacmeister begrüßt zunächst die Neuplanung eines Spielplatzes. Er möchte möglichst zeitnah, dass das schon angedeutete Konzept zur Sanierung und Pflege als Entscheidungsgrundlage für die Politik zum Abschluss gebracht werde. Für ihn sei die Häufung von zu sanierenden Spielplätzen in Hand Anlass, aufzupassen, dass auch die anderen Stadtteile nicht zu kurz kommen.

Auch Frau Dr. Steinmetzer ist erfreut darüber, dass Spielplätze jetzt saniert werden sollen. Sie weist aber ebenfalls darauf hin, dass dieser Spielplatz sich in enger Nachbarschaft zum Spielplatz Kolpingstraße befindet. Es sei auffällig, dass der Wohnplatz Hand hier begünstigt sein könnte. Zur defekten Schaukel möchte sie den Grund wissen, warum diese außer Betrieb gesetzt wurde. Auch weist sie auf eine ehemalige Mülldeponie hin, wobei erst noch geprüft werden müsse, ob dort Großbäume gepflanzt werden können. Auch fragt sie, ob eine Sponsorensuche bei der Spielplatzpflege inzwischen einen generellen Ansatz der Verwaltung darstelle.

Frau Meuthen erwidert, dass der Eindruck, Hand würde bevorzugt, nicht richtig und rein zufällig sei und sich so nicht wiederholen werde. Die nächsten Spielplatzmaßnahmen befinden sich an anderen Stellen im Stadtgebiet. In Zeiten knapper Haushaltsmittel sei die Akquirierung von Sponsoren sicherlich allgemein wünschenswert, werde aber nicht automatisch bei jeder Spielplatzmaßnahme durchgeführt.

Herr Nollen antwortet, dass bei der außer Betrieb gesetzten Schaukel die Standpfosten marode seien – Ersatzteile seien aber unterdessen geliefert worden und könnten nun theoretisch montiert werden. Dies solle bei entsprechendem Beschluss aber aus zeitlichen Gründen nicht auf diesen Spielplatz stattfinden, sondern an anderer Stelle. Es könnten Bäume nur bis zu einer Höhe von 12 – 15 m gepflanzt werden, da für größere Bäume die Deckschicht über der Deponie nicht ausreichend sei.

Frau Dr. Steinmetzer möchte den Zeitplan bis zur Fertigstellung des Spielplatzes erfahren.

Herr Nollen meint hierzu, dass es angedacht sei, unmittelbar nach dem Beschluss mit der Vergabe zu beginnen, so dass im Sommer 2026 der Baubeginn stattfinden könne. Auch bei der Herrichtung der Schaukel an alter Stelle obliegt die Entscheidung dem Ausschuss.

Herr Dr. Waniczek fragt, warum das Regenwasser in einen Regenwasserkanal eingeleitet werden müsse.

Herr Nollen weist in diesem Zusammenhang nochmals auf die Deckschicht über der Deponie hin, die ihre Funktion nicht verlieren dürfe.

Anschließend wird dem Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird mit der Generalsanierung des Spielplatzes Theodor-Fliedner-Straße gemäß vorgelegter Entwurfsplanung beauftragt.

bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN einstimmig gefolgt.

21. Anschaffung einer neuen Software für die Ordnungsbehörde
0044/2026

Herr Eschbach vermisste eine Darstellung der finanziellen Auswirkung in der Vorlage.

Frau Niemann habe aus diesem Grund vor der Sitzung noch eine Tischvorlage auslegen lassen, in der u. a. auch die finanzielle Auswirkung (ca. 268.000 €) beleuchtet wird.

Sodann wird dem Beschlussvorschlag

Es ergeht der Maßnahmebeschluss zur Anschaffung einer neuen Software für die Ordnungsbehörde.

mit folgendem Ergebnis mehrheitlich gefolgt:

Zustimmung: CDU/FDP-Fraktion (9x), SPD-Fraktion (3x), Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN (1x) und Fraktion Volt/Fraktion Freie Wählergemeinschaft (1x)

Ablehnung: AfD-Fraktion (2x)

Enthaltung: SPD-Fraktion (1x) und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN (3x).

22. Update der Abrechnungssoftware der Abwassergebühren sowie Umstellung des Lizenzmodells auf Softwaremiete
0057/2026

Herr Laschet möchte wissen, ob bei der Vergabe mehrere Angebote vorlagen oder ob nur ein Angebot des bestehenden Anbieters geprüft wurde. Außerdem bittet er um Auskunft, wo die Cloud dieses Anbieters gehostet wird. Eine deutsche Firma sollte im Idealfall auch die Speicherung von Daten in Deutschland vornehmen. Umfasste die Prüfung auch u. a. die Einhaltung des Datenschutzes und ähnliches?

Herr Martin Wagner teilt mit, dass die Cloud sich in Deutschland befinde. Weiterhin führt er aus, dass insbesondere aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus die Entscheidung für den bisherigen Anbieter getroffen wurde, weil ein gänzlicher Umstieg auf eine andere Software erheblich mehr Kosten verursacht hätte und sich durch Installation, Wartung und Schulungen noch weiter erhöht hätte. Außerdem konnte durch die Umstellung auf Miete die städtische IT-Abteilung von der erheblich personalintensiven Unterstützung entbunden werden.

Dem Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften beschließt das Update der Abrechnungssoftware der Abwassergebühren und den Betrieb in der Private Cloud sowie die Umstellung des Lizenzmodells auf Softwaremiete.

wird bei einer Enthaltung aus der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN einstimmig gefolgt.

23. Sanierung Schwachlastbelegung im Klärwerk Beningsfeld 01.01.430
0059/2026

Ohne Debatte wird der Beschluss

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften beschließt die Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes „01.01.430 Sanierung Schwachlastbelegung“ gemäß der Beschreibung in der Sachdarstellung.

einstimmig gefasst.

24. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und der Gemeinde Odenthal über die Übernahme von Werkstatteleistungen für die Feuerwehr der Gemeinde Odenthal durch die Stadt Bergisch Gladbach
0041/2026

Auch dazu wurden keine Nachfragen oder ähnliches gestellt. Die Beschlussempfehlung

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stimmt dem Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Übernahme von Werkstatteleistungen für die Feuerwehr der Gemeinde Odenthal durch die Stadt Bergisch Gladbach entsprechend der Anlage zu.

wird ebenfalls einstimmig gefasst.

25. Anträge der Fraktionen

25.1. Antrag der CDU-Fraktion vom 10.12.2025 zur Aufstellung von Abfallbehältern im Stadtteil Moitzfeld
0066/2026

Dem Beschlussvorschlag der Vorlage

Dem Antrag auf Aufstellung zweier zusätzlicher öffentlicher Abfallbehälter in den benannten Straßen wird zugestimmt. Gleichzeitig wird festgestellt, dass der Abfallwirtschaftsbetrieb (AWB) bereits an seiner Kapazitätsgrenze arbeitet und die Umsetzung insb. weiterer Aufgaben und Behälter nur unter Berücksichtigung der personellen und technischen Leistungsfähigkeit erfolgen kann.

wird einstimmig bei 4 Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN gefolgt.

26. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Lucke stellt zwei mündliche Anfragen:

1. Anfrage zum aktuellen Stand HVO 100
 - Wie sind die bisherigen Erfahrungen/Erkenntnisse im Umgang mit dem Einsatz von HVO 100 beim Abfallwirtschaftsbetrieb?
 - Kann man HVO 100 in weiteren Bereichen einsetzen?
2. Anfrage zur Videoüberwachung an Müllcontainern
 - In der letzten Legislatur hatten wir eine entsprechende Anfrage gestellt. Seinerzeit hieß es, dass es aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich sei. Warum hat sich die Einschätzung geändert?
 - Ist die Einrichtung der Videoüberwachung wirtschaftlicher als Alternativen (z. B. eine Straßensammlung bei Altkleidern)?

- Welche Kosten entstehen bei der Einrichtung und der Unterhaltung einer Videoüberwachung, inklusive Personalkosten? (Konkrete Darstellung auch der einzelnen Standorte)

Herr Bollen weist auf vielfältige Gefahren hin, die sich aus der seit 2023 zu beobachtende Verbreitung der schon etablierten Asiatischen Hornisse in Deutschland ergeben, hin. Dazu habe er vor der Sitzung einen Flyer ausgeteilt (liegt dieser Niederschrift bei). Hierbei handele es sich um ein gesamtgesellschaftliches Problem, bei dem viele Akteure infrage kommen müssen, die das Ausbreiten zumindest verlangsamen könnten. Denkbar sei 1. eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit. Als Möglichkeit könnte eine Beilage beim Bergischen Handelsblatt in Betracht kommen, die aber ca. 3.000 € kosten würde. 2. könnte eine zentrale Meldestelle bei der Verwaltung eingerichtet werden. Er selbst würde zu dieser Thematik ca. 4–5-mal am Tag angerufen, was auf Dauer für ihn nicht mehr zu leisten sei. 3. könnte stadtseits eine Hilfestellung bei der Beseitigung der Nester angeboten werden. Die weitaus größeren Zweitnester der Hornisse werden in einer Höhe von 20 – 30-m Höhe gebildet, wobei ev. die Feuerwehr im Rahmen einer Übung eingesetzt werden könnte.

Herr Hermann-Josef Wagner könnte sich vorstellen, in einem ersten Schritt eine Vorlage von der Abteilung Umweltschutz mit Ausleuchtung aller Rahmenbedingungen von Zuständigkeitsketten bis hin zur Finanzierung erstellen zu lassen. Dieser Vorschlag fand die Zustimmung des Ausschusses.

Herr Dr. Waniczek gibt zu bedenken, dass nach der Einführung gelber Tonnen vielfach geäußert worden sei, für eine 240 ltr. Tonne keinen Stellplatz zu haben. Er frage sich daher, warum keine 120 ltr. Tonne angeboten werde. Er fragt die Verwaltung, wie sie dazu stehe.

Herr Martin Wagner meint hierzu, dass insbesondere wirtschaftliche Erwägungen zu dieser Entscheidung geführt haben. Er sagt aber zu, diese Anregung nochmals in die Verwaltung zur Überprüfung mitzunehmen, unter welchen Konditionen eine 120 ltr. Tonne angeboten werden könne. Dass eine solche angeboten werde, könne er aber nicht versprechen.

Herr Eschbach fragt nochmals zur Parksituation an den Zuwegungen zum Mehrgenerationenhaus in Refrath. Er bittet, diese Situation nochmals im Rahmen von dort stattfindenden Bauarbeiten zu betrachten; vielleicht sei eine Abhilfe des Zustandes möglich (Ausführungen der Verwaltung in Anlage 3). Weiterhin teilt er mit, dass beispielsweise das THW die Verwaltung bei Kirmessen oder Karneval unterstützend tätig werden könne, wenn ein Sicherheitskonzept bestehe

Herr Köhler verneint eine Pflicht zur Erstellung eines Sicherheitskonzeptes bei öffentlichen Veranstaltungen, da eine Mindestgröße einer Veranstaltung in Bergisch Gladbach nicht erreicht werde. Da das THW insgesamt eine bundesweite Institution sei, werde gerne auf das Konstrukt Verein THW zurückgegriffen, um dann doch noch unterstützend agieren zu können. Er werde aber beim THW entsprechend nachfragen und die Antwort nachreichen.

Herr Kindervater fragt zum Kinderspielplatz am Kahnweiher in Refrath, ob dort ein defektes Spielgerät wieder instandgesetzt werden könne (Anlage 3).

26.1. Anfrage der CDU-Fraktion vom 23.06.2025 zu Containerstandorten
0067/2026

Herr Kindervater weist darauf hin, dass eine zusätzliche Ergänzung im Januar 2026 eingereicht wurde, die aber offensichtlich die Verwaltung nicht erreicht habe. Er werde die schriftliche Nachfrage raussuchen und zur Verfügung stellen.

Herr Hermann-Josef Wagner ergänzt, dass die Containerstellplätze nach den Weihnachtsfeiertagen äußerst vermüllt aussahen und Container nicht geleert wurden.

Herr Martin Wagner habe dazu in der vergangenen Woche ein erstes Gespräch mit dem Abfallwirtschaftsbetrieb geführt, in dem es um die Neuaufstellung in Sachen Glascontainer ging. Zur nächsten Sitzung könnte er über festgelegte Einzelheiten im Ausschuss Bericht erstatten.

Herr Hermann-Josef Wagner weist darauf hin, dass an einigen Containern nicht korrekte Aufkleber angebracht seien, die einen Ansprechpartner bei der Verwaltung benennen sollten. Die von Herrn Kindervater beschriebene zusätzliche Anfrage ist diesem Protokoll beigefügt (Anlage lag bei der Drucklegung dieser Niederschrift noch nicht vor; diese wird in Kürze im Ratsinformationssystem bzw. als Druck nachgereicht).

26.2. Anfrage der CDU-Fraktion vom 09.12.2025 - Prüfung der Beschaffung mobiler Sperrsysteme für Veranstaltungen
0052/2026

Zu dieser Anfrage wurden keine weiteren Informationen gewünscht.

Herr Hermann-Josef Wagner schließt um 19:12 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Ausschussvorsitzender

Schriftführung